

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmid
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pöbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 100

27. Mai 1987

Horst Sielaff MdB skizziert die besondere Aufgabe der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler: Für Frieden und Verständigung eintreten.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB verurteilt die NATO-Forderung nach konventioneller Aufrüstung: Gründe an den Haaren herbeigezogen.

Seite 4

Dr. Uwe Holtz MdB begrüßt den Arias-Friedensplan für Mittelamerika: Eine konstruktive Initiative.

Seite 5

Dokumentation
Die Berliner SPD hat mit Blick auf den Besuch des US-Präsidenten am 12. Juni in der Stadt einen Beschluß gefaßt: Ein Wort an Ronald Reagan.

Seite 6

Für Frieden und Verständigung eintreten

Die besondere Aufgabe für Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler

Von Horst Sielaff MdB
Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Niemand wird kritisieren, wenn Menschen, die eine gemeinsame Heimat hatten, die aus der gleichen Region stammen, sich zusammenschließen und sich treffen. Es ist verständlich, ausdrücklich zu unterstützen und zu fördern, wenn Vertriebene, Flüchtlinge, Um- und Aussiedler ihre Heimatkultur pflegen und bewahren wollen. In der Pflege dieser Kultur müssen aber auch die wechselseitigen Beziehungen und Verflechtungen mit den Kulturen der anderen Völker deutlich werden. Das Werden des jeweiligen Landes in seiner Vielfalt und die Kulturepochen aller Stämme müssen dabei erkennbar sein. Mißbrauch durch einseitige kulturpolitische Propaganda sowie Monopolisierung kultureller Werte oder die Abwertung bestimmter Kultureinflüsse sind dabei zu unterbinden. Kulturpflege als Bindeglied zwischen Völkern und als Brücke zwischen Menschen ist zeitgemäß und wichtig.

Wenn Menschen, die selber ihre Heimat verlassen mußten - oder deren Nachkommen -, sich verpflichtet fühlen, alles zu tun, um zu verhindern, daß andere Menschen das gleiche Schicksal widerfährt wie ihnen selbst, daß sie nämlich gezwungen werden, ihre Heimat, den Ort ihrer Vorfahren und die Stätte der Geborgenheit unfreiwillig verlassen zu müssen, dann ist das friedensfördernd.

Vertriebene, Flüchtlinge, Um- und Aussiedler könnten in diesem Sinne sogar eine besondere Aufgabe erfüllen, indem sie von Anbeginn allen Tendenzen nationalsozialistischer Politik Widerstand entgegenbringen, indem sie Vorurteile gegen andere - auch gegen uns fremd erscheinende Volksgruppen - abbauen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vom 1. Juni 1987
wurde das
Rechtspatent



helfen, indem sie mithelfen, die Vielfalt der Kultur als einen Gewinn zu vermitteln und alles daran setzen, Grenzen zwischen Menschen und Völkern abzubauen. Verbände, die sich diesen Zielen verschreiben, sind lebensnotwendig.

Ich stimme Karl Jaspers (1960) zu, wenn er einmal schrieb: „Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, daß er sich eingesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiter zu leben aus dem bloßen Anspruch gegenwärtigen Daseins. Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.“

Damit Jaspers Aussage nicht mißdeutet wird, möchte ich eine weitere hinzufügen: „Deutsche drängen heute zur Wiedervereinigung, ohne je an den Bismarck-Staat zu denken, ohne vielleicht überhaupt etwas von Bismarcks Werk zu wissen. Aber doch ist die historisch reale Voraussetzung ihrer Gefühle, daß das wiedervereinigt werden soll, was erst durch Bismarck eine Einheit geworden war. Was 80 Jahre Gewohnheit und Selbstverständlichkeit war, gilt als von jeher und in Ewigkeit als Recht und Anspruch ... Territoriale Rechte lassen sich historisch nicht begründen. Das historische Wissen und das geschichtliche Bewußtsein kann Entgegengesetztes gleich gut begründen und widerlegen. Es kommt darauf an, was man im Blick auf seine Geschichte will“, so Jaspers 1960.

Ein Verband, der sich um die Kultur und Geschichte früherer deutscher Gebiete kümmert, muß deutlich machen, welchen Zielen seine Arbeit dient. Er muß die Grundlage seiner Arbeit offenlegen, um eventuelle Ängste bei denen zu nehmen, die heute, seit über 40 Jahren, in den Gebieten leben und dort ihre Heimat haben.

Grundlage jeder sinnvollen Arbeit kann deshalb für alle Verbände, die Frieden wollen, nur das sein, was Geist und Inhalt der Verträge von Moskau und Warschau ist. Vor 15 Jahren wurden sie im Deutschen Bundestag endgültig beschlossen:

Artikel 1

1. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel 9 der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.
2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.
3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Damit hat sich nicht nur die damalige, sondern künftige Regierung angebunden.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) erkennt Geist und Inhalt dieser Verträge leider nicht an. Er will - in welcher Form auch immer - die Rückeroberung der deutschen Ostgebiete.

In der Satzung der Pommerschen Landsmannschaft heißt es: „Die Pommersche Landsmannschaft erstrebt als gesamtdeutsches Anliegen die Wiedervereinigung Deutschlands einschließlich der deutschen Ostgebiete und die Erhaltung des deutschen Volkstums in seiner pommerschen Prägung...“.

Und die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt laut Satzung den Zweck, „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppen durchzusetzen“.

Und die Landsmannschaft Schlesien hat laut Satzung die Aufgabe, „sich in Zusammenarbeit mit der Schlesischen Landesversammlung, gemeinsam mit allen Deutschen für die Rückgliederung Schlesiens in die Souveränität Deutschlands einzusetzen“. Die noch gültige Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft verfolgt das Ziel, „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“. Diese Zielsetzung widerspricht eindeutig Geist und Buchstaben der von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Ostverträge vom Mai 1972, in denen auf territoriale Ansprüche verzichtet und die Unantastbarkeit der Grenzen zugesichert wird.

In einer „Erklärung der Sudetendeutschen Jugend“ vom 26. Mai 1985 heißt es: „Wir jungen Sudetendeutschen identifizieren uns mit den Rechtsansprüchen unserer Eltern und Großeltern“, und dabei handelt es sich vorwiegend um bundesdeutsche Jugendliche, die hier geboren sind und unter den gegebenen Umständen sicherlich nicht im Land ihrer Eltern oder Großeltern leben wollten.

Und im Aufruf der Bundesführung der Landsmannschaft Schlesien am 21. Juni 1981 hieß es unter anderem: „Der heutige Zustand der geraubten Heimat Schlesien, des geteilten Vaterlandes Deutschland und des gleichfalls durch den Kommunismus geteilten Europas darf uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht.“

Wer so schreibt und redet, muß sich dem Verdacht aussetzen, revisionistische Ziele zu verfolgen.

Leider wird auch die Pflege ostdeutscher Kultur von Funktionären des BdVs in diese „Rückeroberungsgedanken“ einbezogen. Der ehemalige BdV-Generalsekretär Neuhoff gab einmal die - nie korrigierte - Zielsetzung so an: „Die Vertriebenen und ihre Verbände verlagern ihre Tätigkeit verstärkt auf die Kulturarbeit, nicht zuletzt, weil dort die zweite Schlacht um den deutschen Osten stattfindet.“

Mit solchen und anderen Äußerungen mißbrauchen führende Funktionäre des BdV das verständliche Heimatgefühl ihrer Mitglieder. Der BdV vertritt damit auch nicht die wahren Interessen seiner Mitglieder. Diese wollen, daß die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren, daß sie die eigene oder die Heimat ihrer Vorfahren besuchen können und daß die Kultur, von der sie geprägt wurden, nicht verlorengeht, sondern erhalten bleibt. Werden die Zielsetzungen mancher Landsmannschaften nicht geändert und distanziert sich der BdV-Vorstand nicht von diesen alten Zielsetzungen, dann ist er ein Verband, der nicht mehr in die Zeit paßt, der von Träumern geführt wird, die jeglichen Sinn für die Realität verloren haben.

{-/27.5.1987/rs/ks}

* * *



Gründe an den Haaren herbeigezogen

Zur NATO-Forderung nach konventioneller Aufrüstung

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Das Verhalten des Bundesverteidigungsministers bei der NATO-Verteidigungsminister-Konferenz zeigt, daß die Vorbehalte gegen die Abrüstung in immer neuem Gewande auftauchen. Wochenlang wurde von Wörner und der CDU/CSU versucht, statt einer Null-Lösung auch bei Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite die Option einer neuen westlichen Nachrüstung durchzusetzen. Das zentrale Argument war die angebliche dreifache konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes in Mitteleuropa, wo gegen nach dem Abbau der Mittelstreckenraketen über 1.000 Kilometer neue Mittelstreckenraketen mit anderer Reichweite zwischen 500 und 1.000 Kilometer erforderlich seien.

Nachdem Wörner und seine CDU/CSU dafür keine Unterstützung fand, hat er sich nun für eine neue konventionelle Rüstung als Antwort auf die Abrüstung der Mittelstreckenraketen stark gemacht. Nach den gescheiterten Versuchen, unter dem Vorwand eines Abrüstungsziels eine neue atomare Rüstung durchzusetzen, setzt Wörner nun auf eine konventionelle Aufrüstung nach der Abrüstung der Mittelstreckenraketen.

Die Gründe für eine konventionelle Aufrüstung der NATO sind an den Haaren herbeigezogen, denn von einer dreifachen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes kann keine Rede sein. Wer dies behauptet, betreibt eine Irreführung der Öffentlichkeit. Ein seriöser Kräftevergleich - unter Einbeziehung der Truppenzahlen, eines Vergleichs der Waffenqualitäten und der Luft- und Seestreitkräfte - zeigt, daß zwischen NATO und Warschauer Pakt auch in Mitteleuropa eine ungefähr gleiche konventionelle Kampfkraft besteht.

Die SPD wird sich deshalb den konventionellen Aufrüstungsplänen Bundesverteidigungsminister Wörners widersetzen. Statt konventioneller Aufrüstung wird sie ein umfassendes Konzept für konventionelle Truppenreduzierung in Ost- und Westeuropa vorlegen.

Indem die NATO-Verteidigungsminister-Konferenz nicht in der Lage war, selbst ein Konzept für konventionelle Abrüstung vorzulegen, obwohl genau dies von der Sowjetunion dauernd verlangt wird, hat sie sich um das herumgedrückt, was jetzt von ihr erwartet wurde.

(-/27.5.1987/rs/ks)

* * *



Eine konstruktive Initiative

Die SPD begrüßt den Plan des Präsidenten von Costa Rica, Oscar Arias

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzendes des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Dies gilt auch für die von Krisen und kriegesischen Auseinandersetzungen heimgesuchten Länder Zentralamerikas. Deshalb ist es gut, daß der Präsident Costa Ricas, Oscar Arias, mit seinem Zehn-Punkte-Plan den Versuch unternimmt, festgefahrene Verhandlungen um eine Friedenslösung in der Region wieder flottzumachen.

Die SPD begrüßt den Arias-Plan als eine positive und konstruktive Initiative, die im Sinne der Contadora-Bemühungen zu Frieden, Demokratie und Stabilität in Zentralamerika beitragen will.

Nachdem es 1986 nicht zur Unterzeichnung der Contadora-Akte gekommen war, hatte Oscar Arias die zentralamerikanischen Präsidenten mit Ausnahme von Nicaragua nach San José eingeladen, und dort unterzeichneten sie am 5. Februar 1987 das Dokument „Eine Stunde für den Frieden“, in dem sie sich verpflichteten, den Friedensplan von Oscar Arias zu analysieren und sich Ende Juni 1987 in Guatemala erneut zu treffen - dieses Mal unter Einschluß von Nicaragua -, um eine Vereinbarung über den Friedensplan zu erzielen.

Der Plan mit dem Titel „Vorgehensweise für die Herstellung eines festen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika“ enthält folgende Elemente: nationale Versöhnung, Waffenstillstand, Demokratisierung, freie Wahlen, Beendigung der Militärhilfe, keine Nutzung des nationalen Territoriums für Angriffe auf andere Staaten, Abrüstung, nationale und internationale Überwachung, Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung des Friedens sowie Freiheit und Demokratie für den Frieden und Frieden für Entwicklung. Das Dokument soll nach seiner Unterzeichnung durch die Präsidenten der fünf zentralamerikanischen Staaten in Kraft treten. Wie Präsident Arias auch während seines Deutschland-Besuches erläuterte, stellt der Plan keinen Ersatz für die Contadora-Bemühungen und der sogenannten „Unterstützergruppe“ (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) dar.

Der Plan verstehe sich als ein Beitrag zur raschen Entspannung in der Region. Nicaragua hat zwischenzeitlich erklärt, daß es an dem im Juni 1987 vorgesehenen Treffen in Guatemala teilnehmen werde. Inzwischen sind allerdings negative Kommentare zu dem Plan aus Washington, Honduras und El Salvador zu hören. Umso wichtiger ist es, daß europäische Regierungen - darunter die Bundesregierung - ihre Unterstützung ohne Einschränkung gegenüber dem Arias-Plan betont haben.

Präsident Arias hat mit seiner Initiative neuen Spielraum geschaffen und gleichzeitig deutlich gemacht, daß Costa Rica eine nach vorne weisende Rolle im Rahmen des Contadora-Prozesses übernehmen will. Besonders bemerkenswert erscheinen drei Forderungen: Die Demokratisierung wird als wichtiger Garant für einen andauernden Frieden bezeichnet, offene oder versteckte Militärhilfe an aufständische oder irreguläre Truppen soll beendet werden, ein internationales Überwachungskomitee, zusammengesetzt aus den Generalsekretären der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten sowie den Außenministern der Contadora- und der Unterstützer-Gruppe, soll die gesamten vorgesehenen Maßnahmen überprüfen.

Es wäre ein wichtiger Beitrag zum Frieden in Zentralamerika, wenn die US-Regierung die Forderungen des Arias-Plans erfüllen könnte. Die SPD erwartet von der Bundesregierung, daß sie - auch zusammen mit der EG - in diesem Sinne insbesondere auf die US-Regierung einwirkt. Die US-Regierung muß endlich mit der Unterstützung der Contras Schluß machen. Die Schlüsselfrage wird sein, ob eine starke internationale Unterstützung für den Arias-Plan die US-Debatte zu Gunsten einer neuen amerikanischen Politik beeinflussen kann, die zu einem sicheren und dauerhaften Frieden in Zentralamerika führt.

(-/27.5.1987/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION**Berliner SPD: Ein Wort zum Besuch von Präsident Reagan**

Die Berliner Sozialdemokraten haben aus Anlaß des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, am 12. Juni 1987 folgende Erklärung veröffentlicht.

I.

Das Engagement der amerikanischen Schutzmacht in Berlin hat entscheidend zur Sicherung der Freiheit in unserem Teil der Stadt beigetragen und bleibt auch für die Zukunft eine der Lebensgarantien für Berlin. Wir heißen Präsident Reagan als Repräsentanten der amerikanischen Schutzmacht in unserer Stadt willkommen.

Die SPD begrüßt die Abrüstungsvorschläge im Bereich eurostrategischer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Durch die vielfältigen Initiativen von Generalsekretär Gorbatschow ist eine Situation entstanden, die es unter allen Umständen zu nutzen gilt. Die SPD spricht sich mit aller Entschiedenheit für die doppelte Null-Lösung aus und nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die amerikanische Regierung sich zu ernsthaften Verhandlungen mit dem Ziel der völligen Beseitigung der Mittelstreckenraketen bereit gefunden hat. Demgegenüber stellt die zögerliche bis ablehnende Haltung der Bundesregierung hinsichtlich eines Abkommens über die doppelte Null-Lösung ein trauriges Schauspiel dar. Die Haltung von Bundeskanzler Kohl und weiten Teilen der CDU/CSU verletzt deutsche Interessen und droht die Bundesrepublik Deutschland in die internationale Isolierung zu drängen.

Die SPD fordert den amerikanischen Präsidenten auf, sich von der destruktiven Bonner Haltung in seiner Bereitschaft, ein Abkommen zu schließen, nicht beirren zu lassen. Der sofortige Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa liegt vor allem im deutschen Interesse.

II.

Unter Freunden dürfen aber auch Differenzen nicht verschwiegen werden. Deshalb nimmt die Berliner SPD den Besuch des Präsidenten auch zum Anlaß, ihre Sorge um die Elemente der amerikanischen Politik zum Ausdruck zu bringen, die den Frieden gefährden und die Chancen für eine weltweite Abrüstung behindern.

Die SPD lehnt das SDI-Projekt ab. Eine gigantische Aufrüstung im Weltraum bringt nicht mehr, sondern weniger Sicherheit, sie verschleudert Mittel, die zur Linderung von Hunger und Not und zur Entwicklung auf der Erde dringend benötigt werden. Die SPD fordert deshalb die amerikanische Regierung auf, von einer Verwirklichung des SDI-Projekts Abstand zu nehmen.

Die SPD kritisiert auch angesichts des Präsidentenbesuchs die Mittel- und Südamerika-Politik der amerikanischen Regierung, insbesondere die Unterstützung der Contras in Nicaragua. Sie fordert das Selbstbestimmungsrecht für die Völker des amerikanischen Kontinents ebenso wie für alle anderen Völker der Welt.

III.

Die zweite Phase der Entspannungspolitik soll zu weniger Rüstung, zu mehr Kooperation, zu weniger Mißtrauen und zu mehr Austausch führen. Beide deutsche Staaten haben ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und wollen beide nicht als vorgelagerte atomare Waffenarsenale ihrer jeweiligen Bündnisse dienen. Der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit erfordert konkrete Abrüstungsschritte im beiderseitigen Interesse. Die Genfer Verhandlungen bieten erstmals seit langem eine Chance, zu echten Fortschritten auf dem Gebiet der Abrüstung zu kommen. Daß es diese Chance jetzt gibt, ist nicht zuletzt dem beharrlichen Drängen der Friedensbewegungen in USA und Europa zu verdanken, mit denen die SPD ihre Verbundenheit bekundet. Deshalb heißt es jetzt: Druck machen für den Abbau von Atomraketen, für weitere Abrüstung bei konventionellen und chemischen Waffen und für gemeinsame Sicherheit.

(-/27.5.1987/rs/ks)

